

Es gibt keine Naturkatastrophen

Adelbert Reif im Gespräch mit dem Kieler Katastrophenforscher Dr. Wolf R. Dombrowsky

Millionenfach greift der Mensch in die Natur ein, ohne die Folgen seines Handelns zu bedenken. Aus der Sicht des Katastrophenforschers Dr. Wolf R. Dombrowsky ereignen sich Katastrophen nicht unvorhergesehen. Im folgenden Gespräch plädiert er für eine globale Präventivplanung.

Herr Dombrowsky, 2004 und 2005 waren Jahre elementarer Katastrophen in vielen Teilen der Welt: Überschwemmungen, Stürme, Erdbeben. Wie erklären Sie sich diese Häufung von Naturkatastrophen?

Dombrowsky: Was Sie aufzählen, sind keine Naturkatastrophen. Die Vorstellung, wir würden von den Urkräften der Natur getroffen, ist in meinen Augen blanker Animismus. Statt den Blick auf so genannte „Natur“katastrophen zu lenken, sollten wir unseren Umgang mit der Natur überdenken. Wir befinden uns doch nicht mehr im Zustand von Entdeckern, die eine weiße Landkarte vor sich haben und nicht wissen, was sie erwartet. Wir wissen, wie die Erde funktioniert und wenn wir dem nicht Rechnung tragen, bekommen wir die Folgen zu spüren. Wenn wir ohne Rücksicht auf Naturgegebenheiten siedeln und bauen, ist es doch keine Naturkatastrophe, wenn Gebäude einstürzen, überschwemmt oder verschüttet werden.

Sollte man eher von selbstverschuldeten Katastrophen sprechen?

Dombrowsky: Wir müssen wegkommen von dieser irrigen Vorstellung eines Ereignisses, das plötzlich in die menschliche Geschichte einschlägt und für das wir überhaupt nichts können. Es schlägt nichts ein, sondern unsere Auseinandersetzung mit den Bedingungen unserer Umwelt ist nicht so verlaufen, wie wir es ursprünglich gewollt und geplant haben. Die Kollision des Gewollten und Geplanten mit dem Ungewollten und Ungeplanten löst dann die Katastrophe aus, weil kein Spielraum mehr bleibt, das Ungewollte und Ungeplante abzuwenden.

Denken Sie nur an die Elbeflut im Jahr 2002. Es ist einfach Unsinn zu behaupten, man habe nicht wissen können, dass solche gewaltigen Mengen von Wasser kommen und Elbe wie Weisseritz aus den Ufern treten würden. Man braucht nur historische Karten anzuschauen, um zu festzustellen, was alles im Laufe der Zeit in das Bett der Weisseritz und die Auen der Elbe hineingebaut wurde. Satellitenbilder zeigen Grad und Umfang der Gefährdung sehr gut an.

Auch in New Orleans wusste man seit langem, dass die Stadt aufgrund ihrer Lage unter dem Meeresniveau in höchstem Maße gefährdet war...

Dombrowsky: Was in New Orleans passierte, war eine Mischung aus Fahrlässigkeit und Handeln wider besseres Wissen. Man kannte den maroden Zustand der Deiche und Sperrwerke. Man wusste, dass die gesamte Infrastruktur hochwassergefährdet war. Doch die Mittel für eine Sanierung wollte man nicht aufbringen. Opfer wurden schließlich die, die kein eigenes Auto hatten. Ich würde hier von einer sozialen Verteilungskatastrophe sprechen.

Das führt generell zu der Frage nach der Effizienz von Hilfsmaßnahmen. Wie gut funktionieren Hilfeinsätze bei Katastrophen?

Dombrowsky: Aufgrund unserer Forschungen muss ich leider feststellen, dass die praktische Hilfe vor Ort unter jedem Erfahrungsniveau liegt. Nehmen Sie nur Südostasien. Die Hilfe nach dem Tsunami hat überhaupt nicht funktioniert. Achtzig Prozent der Spendengelder sind bis heute nicht verteilt, manche Projekte werden inzwischen behindert und ein guter Teil der Hilfen versickert in Korruptionskanälen oder wird für Projekte ausgegeben, die keine dauerhafte Hilfe sind. Bei der Dimension des betroffenen Gebietes und des Umfangs der Schäden, aber auch bei der Dimension der internationalen Hilfe erschiene es mir angemessener, koordiniert und planvoll zu helfen, statt das Helfen ins Belieben einer unüberschaubaren und auch undurchschaubaren Anzahl von Organisationen und Initiativen zu stellen.

Wir hätten die Chance, mit all unserem Wissen eine Infrastrukturplanung, eine dauerhaft lebensfähige Besiedlung und ein

effektives Warnnetzwerk zu erarbeiten. Die Aufgabe besteht nämlich nicht darin, ein Frühwarnsystem zu entwickeln. Solche Systeme gibt es bereits. Was wir brauchen, ist ein Informationsnetzwerk, über das die Warnung an die Administrationen und von dort in die Dörfer weitergeleitet wird. Darüber aber hat man sich bisher die wenigsten Gedanken gemacht, wie auch über die Frage, was die Menschen vor Ort mit einer Warnung überhaupt anfangen können und was es dafür braucht, bis hin zu Evakuierung und Selbstschutzmaßnahmen.

Würden Sie sagen, es scheitert an der Koordination der Hilfe?

Dombrowsky: In Ruanda habe ich erlebt, wie 1400 Hilfsorganisationen beim UNO-Flüchtlingswerk, das die Hilfe koordinierte, um die besten Gebiete kämpften. Denn nur die Organisationen, die von Journalisten und Kamerateams gut erreichbar waren, kamen in die Medien und nur für die flossen die Spendengelder.

Neben solchen ganz egoistischen Motiven wollen sich Hilfsorganisationen aber auch aus anderen Gründen von den „global players“ nicht vorschreiben lassen, wie und wo sie zum Einsatz kommen sollen. Es geht dabei um Unabhängigkeit, Autonomie und Integrität. Man möchte nicht zum nachgeordneten Ausführungsinstrument der UNO, der EU oder gar der NATO werden, auch wenn alle über sehr gut geschultes Personal verfügen, das weiß, welche Hilfsmaßnahmen an welchem Ort und in welcher Abfolge notwendig sind.

Welcher Prozentsatz der gesammelten Spendengelder kommt unter diesen Bedingungen überhaupt nutzbringend zum Einsatz?

Dombrowsky: Das ist seit Jahrzehnten ein politisches Spiel. Die auf den Geberkonferenzen zugesagten Gelder sind nicht die, die gegeben werden und die, die gegeben werden, sind nicht die, die ankommen. Die Vorstellung, dass alles, was an Spendengeldern versprochen wird, den Bedürftigen eins zu eins zugute kommt, ist ein Märchenglaube. Die tatsächlichen Zahlen erfährt man natürlich nicht. Aber Schätzungen zufolge bleiben etwa sechzig bis achtzig Prozent der tatsächlich verfügbaren Spendengelder innerhalb der heimischen Ökonomien. Damit werden Wasseraufbereitungsanlagen gebaut, Decken produziert oder eben ein Tsunami-Frühwarnsystem

entwickelt. Auch Transport und Einsatzfähigkeit kommen bis zu einem gewissen Grad den heimischen Ökonomien zugute.

Berücksichtigen muss man natürlich auch problematische Bedingungen vor Ort. Noch bevor zum Beispiel das Rote Kreuz Hilfsmaßnahmen durchführen kann, muss es mancherorts dreißig bis fünfzig Prozent seiner Hilfsgüter an Warlords, Banden oder „Schutz“herren, manchmal sogar an „reguläre“ Kräfte für Zölle, Bescheinigungen und Passagen abgeben. Das heißt, dass ein Teil aller Hilfsgüter von vornherein Unterstützungsleistungen für die Fortdauer einer Situation ist, die zu der Katastrophe führte, die man bekämpfen will.

Wie müssten denn Hilfsmaßnahmen beschaffen sein, damit sie wirklich helfen?

Dombrowsky: Das bekannte Schlagwort dafür lautet: Hilfe zur Selbsthilfe. Es bedeutet, dass wir die Menschen unterstützen, im Kontext ihrer Gesellschaft mit den dort obwaltenden Bedingungen zurecht zu kommen. Tatsächlich aber ist es meist so, dass wir mit unseren Hilfsmaßnahmen die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen vor Ort stören, oftmals sogar zerstören. Da werden mit enormem Aufwand Tonnen von Lebensmitteln, Decken und Kleidung als Soforthilfe eingeflogen, mit der Folge, dass über Monate, manchmal Jahre, die lokalen Märkte zusammenbrechen, weil vor Ort weder Lebensmittel oder Kleidung noch Materialien so billig produziert werden können.

Oder wenn in einer Dorfgemeinschaft, deren Angehörige mit ihren Fischerbooten aufs Meer ziehen, plötzlich ein Fischer ein Boot mit Außenbordmotor erhält, dann verändert das die Sozialstruktur. Aus einer Gemeinschaft zusammen arbeitender Menschen entsteht ein Großfischer, dessen effizientes Motorboot nur noch eine kleine Besatzung braucht. Wenn man solche Zusammenhänge nicht berücksichtigt, ruft man bei der Beseitigung einer Katastrophe auf einer anderen Ebene Folgekatastrophen hervor. Wir müssen die kontraproduktiven Effekte unseres Wohlmeinens systematisch ins Kalkül ziehen.

Und warum geschieht das nicht?

Dombrowsky: Es geschieht. Wenn wir Ministerien, Hilfsorganisationen und Unternehmen beraten, weisen wir sie darauf hin, welche Randbedingungen zu beachten sind, um einschränkende Effekte zu vermeiden. Aber der raue Wind des politischen Alltags weht doch oft ganz anders.

Die Verteilung von Hilfsgütern vor Ort stellt ein ganz großes Problem dar. In der Regel nehmen die Dorfältesten für sich in Anspruch, zu entscheiden, welche Familie wie viele Hilfsgüter bekommt. Natürlich werden auf diese Weise Seilschaften bedient. Widersetzen sich die Helfer diesem Gebaren, indem sie darauf bestehen, dass alle gleich viel bekommen, dann wird die soziale Struktur vollkommen umgekrempelt und in den nächsten zehn Jahren herrschen Hauen und Stechen. Wir wissen das alles. Aber trotz dieses Wissens wiederholen sich diese Fehler.

Wie bewerten Sie grundsätzlich den Stand der Katastrophenforschung?

Dombrowsky: Auch hier offenbart sich eine große Diskrepanz zwischen der Theorie und der praktischen Umsetzung. In der Forschung haben wir große Fortschritte erzielt. Was die Erdbeobachtung betrifft, sind wir mittlerweile soweit, dass wir eine globale Katastrophenpräventivplanung vornehmen könnten. Wir erhalten im Stundentakt komplette Satellitenbilder der Erde. Auf diesen sehen wir die Bebauung, die Vegetation, die landwirtschaftlichen Nutzflächen, aber auch Vulkangebiete, Flüsse, Staudämme usw. Auf der Grundlage dieser Bilder wären wir in der Lage, die Risiken global zu kartieren und Verletzlichkeiten anzugeben. Wir könnten genau sagen, welche Gebiete zu wieviel Prozent katastrophengefährdet sind.

Und wie weit ist man damit?

Dombrowsky: Die Methodologie ist da. Wir haben einen Schutzatlas für einen Landkreis in Schleswig-Holstein erstellt. Das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem deNIS ist auf dem Weg, eine solche Kartierung für ganz Deutschland zu erarbeiten. Auf europäischer Ebene konkurrieren inzwischen große Konsortien, die sich einen solchen Auftrag sichern wollen. Was wir gegenwärtig haben, gleicht noch einem Fleckenteppich bei gleichzeitigem Kampf

um einen neuen Bodenbelag. Das gleiche wird sich dann mit jeder Integrationsebene wiederholen.

Wann rechnen Sie damit, dass so ein Weltatlas vorliegt?

Dombrowsky: Mit der Wahl der Weltregierung.

Lässt sich aus den bisherigen Forschungsergebnissen eine Zunahme der Katastrophen feststellen?

Dombrowsky: Das kann man nicht genau sagen, weil wir über kein hinreichendes Zahlenmaterial verfügen. Verlässliche Zahlen haben wir vielleicht über einen Zeitraum von neunzig Jahren. Es gibt nicht einmal eine kontinuierliche Berichterstattung über die aktuellen Katastrophen. Alle, die versucht haben, solche Statistiken zu erstellen, scheiterten an der Unzulänglichkeit des Materials. Absolut gesehen, nimmt die Zahl der Katastrophen zu. Relativ gesehen zu allen anderen Zunahmen wie Weltbevölkerung, Landverbrauch, Bebauung, Energieeinsatz, Welthandel usw., ist die Zunahme allerdings nicht so stark.

Aber würden Sie sagen, dass die Katastrophen eine neue Dimension erreichen, wenn man etwa an den Klimawandel denkt?

Dombrowsky: Wenn der Klimawandel eintritt, wäre dies in der Tat eine neue Dimension. Es käme zu einem Anstieg der Meeresspiegel und die Mehrzahl der in Küstennähe liegenden großen Städte würde überschwemmt werden. Das hätte eine gigantische Bevölkerungsbewegung zur Folge und würde die Infrastruktur aller Hinterländer enorm belasten. Eine solche Herausforderung wäre ohne Weltmodell, wo man Zusammenhänge sichtbar machen kann, gar nicht zu bewältigen. Wir brauchen ein Modell des ökologischen Gleichgewichts des ganzen Globus, damit wir die Folgen unseres Handelns erproben können. Millionenfach greifen wir in dieses experimentum mundi ein, leiten Kohlendioxid in die Atmosphäre, Schadstoffe in die Flüsse und streiten dann darüber, wie anthropogen dieser Wandel ist.

Wo sehen Sie für die Zukunft die größten Gefährdungen?

Dombrowsky: Die am meisten gefährdeten Bereiche sind Wasser und Boden sowie Energie. Die Qualität nutzbaren Wassers auf der Erde sinkt rapide und ebenso gigantisch steigt der Grad der Bodenvernichtung. Was die Energie betrifft, so halten wir immer noch daran fest, die wertvolle Ressource Erdöl, die wir für Arzneimittel und Chemie so dringend brauchen, zu verbrennen. Technisch wäre es kein Problem, die Sahara als Energiespender für Europa aufzurüsten. Aber aus politisch-strategischen Gründen lehnt man eine solche Lösung ab. Die Gefahr, dass wir in Zukunft vermehrt Kämpfe um Ressourcen erleben werden, ist sehr hoch.

Müssen wir uns auch auf neue Katastrophen einstellen?

Dombrowsky: Ich sehe große Risiken im Bereich autokatalytischer und synergetischer Prozesse, die unser Nervensystem angreifen. Auf sich selbst überlassenen Deponien können wir beobachten, wie völlig neue Substanzen und chemische Komponenten entstehen, die wir noch nie zuvor gesehen haben und nicht kennen. Solche Kombinationswirkungen aus bisher unbeachteten Effekten werden immer wahrscheinlicher. Und sie werden gewiss nicht nur auf Deponien stattfinden, sondern ebenso in unserer Nahrungskette. Ich fürchte, wir stehen vor einer akuten Zunahme von Nervenkrankheiten und sensorischen Erkrankungen.

Wolf R. Dombrowsky, Jahrgang 1948, studierte Volkswirtschaftslehre, Geschichte und Soziologie an den Universitäten Kiel und Bielefeld. Seit 2002 ist er Leiter der Katastrophenforschungsstelle (KFS) an der Christian-Albrechts-Universität Kiel. Von 1991 bis 1994 war er First Vice President des Research Committee on Disasters der International Sociological Association und von 1994 bis 2002 Co-Editor der Fachzeitschrift "Mass Emergencies and Disasters".

Er ist Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Beiräte nationaler und internationaler Katastrophenschutzeinrichtungen. Darüber hinaus berät und trainiert er im Katastrophenschutz mitwirkende Organisationen sowie Unternehmen im Bereich Notfall-Management und betrieblicher Gefahrenabwehr.

